

Pinneberger Tageblatt

8.1.2009

BI ist mit ihrer Arbeit zufrieden

Der größte Erfolg sei die gerichtliche Außerkraftsetzung des Stader Bebauungsplans, zieht Sprecher Siegfried Zell für die BI Haseldorfer Marsch Resümee der ersten acht Monate.



Die Haseldorfer Marsch wird von den Immissionen aus Stade-Bützfleth besonders betroffen sein.

Foto: pt



Vier der nunmehr sieben Sprecher der BI Haseldorfer Marsch: Siegfried Zell (von links), Niels-Peter Rühl, Annette von Malotki und Jochen Pragal. Foto: pt

Die "Bürgerinitiative Haseldorfer Marsch gegen massive, umweltbelastende Industriekonzentration in Stade" ist mit ihrer Arbeit im abgelaufenen Jahr durchaus zufrieden, so Sprecher Siegfried Zell, der für die junge Umweltgruppe - jetzt bereits acht Monate alt - eine positive Bilanz zog.

Das besondere Highlight des bisher Erreichten: "Kurz vor Weihnachten kam die Freudenbotschaft, dass das Niedersächsische Obergericht dem Eilantrag der BI Bützfleth, die von uns finanziell unterstützt wird, zugestimmt und die Bebauungsplanänderung Stades von 2006 außer Vollzug gesetzt hat", freut sich der Ingenieur. Ein wichtiger und weitreichender Sieg. Denn das bedeutet, dass nun formal wieder der alte Bebauungsplan auf dem Bützflether Sand gelte, der eine maximale Kraftwerk-Leistungsbegrenzung von "lediglich" 220 Megawatt zulässt. Elektrabel jedoch wollte ein Kohlekraftwerk von 800 Megawatt Leistung genehmigt bekommen. "Nach meiner Einschätzung werden die das jetzt nicht mehr machen", erklärt Zell, "denn die Verkleinerung lohnt sich nicht." Und ein neuer Bebauungsplanentwurf Stades benötige durch alle Gremien hindurch mindestens zwei Jahre. "Also wir sind guten Mutes", so der Sprecher.

In den bisherigen Bemühungen der BI Haseldorfer Marsch und in den vergangenen Gesprächen mit kommunalen Politikern, Landtagsabgeordneten von CDU und SPD, mit politischen Ausschüssen des

Kreises sowie Vertretern des Umweltministeriums in Schleswig-Holstein herrschte trotz "viel Zuspruch oft verborgene Hilflosigkeit", weil es "weder in Schleswig-Holstein noch in Niedersachsen ein politisches Konzept gibt, welche und wieviel Energie wir alle in den nächsten Jahrzehnten benötigen - es gibt daher auch kein Konzept für Kraftwerksstandorte und schon gar keine länderübergreifende Energievereinbarung", benennt das Jahresresümee das entscheidende politische Manko. "Die ganze Unterelberegion ist ein Eldorado für Kraftwerksbetreiber mit vielen Freiheitsgraden", so das vernichtende Urteil Zells.

Stolz und froh ist die BI darüber, dass sie von allen Marschgemeinden und fast allen angrenzenden Geestgemeinden nicht nur beratend, sondern auch finanziell unterstützt wird. "Hierum beneiden uns die Initiativen auf der niedersächsischen Seite, wo wirtschaftspolitische Verhältnisse deren Arbeit erschweren", erklärt Zell. Die bisherigen vier Sprecher der Aktivisten versinken übrigens so in Arbeit, dass zusätzlich drei weitere Ansprechpartner benannt werden mussten: Harald Jürgs, Volker von Stamm und Wolfgang Werther gehören jetzt ebenfalls zum Kreis der Multiplikatoren, die außerdem für eine bessere Verknüpfung mit den vielen passiven Mitgliedern sorgen sollen.

Dafür hat sich die BI als baldiges Vorhaben im neuen Jahr eine umfassende Info-Veranstaltung vorgenommen, in der - wieder im Haseldorfer Hof - der Stand der Dinge aufgezeigt, zur Diskussion angeregt und eventuelle Vorschläge aufgegriffen werden sollen. Außerdem geplant: technische Gespräche mit Vertretern von DOW Chemical und EnBW um den Einsatz moderner Technologien (Januar), ein Treffen mit Kieler Landtagsabgeordneten des Umwelt-Ausschusses (Januar), neuerlicher Kontakt und Austausch mit Landrat Dr. Wolfgang Grimme, die Teilnahme am technischen Kraftwerksforum der E.ON, das Fragen der Kraftwärmekopplung behandelt (Februar) und - auch noch im Februar - ein Plenumsbesuch im niedersächsischen Landtag, um dort für die eigene Sache einzutreten. Ein dichtes Programm allein in den ersten beiden Monaten, das sich die BI Haseldorfer Marsch vorgenommen hat. Doch Mut und Kraft sind ungebrochen vorhanden, um "den Finger in die Wunde zu legen, wenn es darum geht, fehlende Kraftwärmekopplung, Konzeptlosigkeit beim CO₂-Ausstoß und bisher fehlende Bereitschaft, modernste Technologie einzubeziehen", anzumahnen, versichert Zell.

von Inge Jacobshagen